

Offene Worte

Online Nr. 7

Zeitung der LINKEN für den Barnim 27. April 2020, 30. Jahrg.

„Virtueller Ostermarsch“ für Frieden

Die Corona-Pandemie erlaubte es uns nicht, in diesem Jahr an den Ostermärschen teilzunehmen. Um dennoch aktiv zu werden und sichtbar zu sein, rief DIE LINKE dazu auf, ein dezentrales Zeichen gegen Krieg und für Frieden und Abrüstung zu setzen. So haben auch im Barnim viele mitgemacht: Friedenstauben in die Fenster oder Autos gehängt, um so deutlich zu zeigen, dass man sich auch ohne Ostermarsch für Frieden stark macht.

Die Fotos von den Fenstern mit den Friedenstauben oder einer Losung in der Hand konnten per E-mail bei uns eingereicht und bei <https://www.ostermarsch.de/> des Netzwerks „Friedenskooperative“ selbst hochgeladen werden.

Auf Ostermarsch.de ist nun eine Bildergalerie zum virtuellen Ostermarsch zu sehen. Vielen Dank an alle, die sich beteiligt haben!

Isabelle Czok-Alm, Kreisvorsitzende DIE LINKE



Kuba hilft Europa – und wird sanktioniert

Die kleine Insel kämpft um benötigte Güter, die US-Sanktionen unterliegen

Als kubanische Ärzte am 22. März auf Bitte Italiens in der Lombardei eintrafen, bekamen es sogar hiesige Mainstream-Medien mit. Nachdem eine Ärztebrigade am 30. März nach Andorra und eine weitere am 13. April in das Piemont flogen, war das dann aber doch zu viel für sie und es wurde verschwiegen. Ist auch sicherlich sehr peinlich, dass das untereinander unsolidarische EU-Europa Hilfe aus einem Land der sogenannten „Dritten Welt“ bezieht.

Kubanische Ärzte sind in Zusammenhang mit Corona derzeit in 21 Ländern aktiv. Die USA aber verschärft ihren Konfrontationskurs gegenüber Kuba mit der Warnung an die Staaten der Welt, kubanische Ärzte einzusetzen. Kanada verweigerte die Einreise kubanischer Ärzte, die von den Indigenen angefordert wurden, die sich vom kanadischen Gesundheitssystem derzeit im Stich gelassen fühlen.

Aber die Europa antwortet nicht mit Solidarität, dringend erforderliche medizinische Hilfsmittel werden nicht nach Kuba geschickt.

Z.B. wurden Beamtungsgерäte beim traditionellen Schweizer Lieferanten bestellt. Da dieser aber vor zwei Jahren von US-Unternehmen gekauft wurde, unterliegen sie den verschärften US-Sanktionen und stellten die Lieferungen ein.

In Kuba, mittlerweile selbst mit 1.285 Infizierten (WHO, 26.4.20) von der Pandemie betroffen, werden diese Hilfsmittel dringend benötigt. Hier zeigt sich, dass Sanktionen töten – in Kuba leider nicht das erste Mal. Die Lage auf Kuba ist schwierig. Der sich abzeichnende wirtschaftliche Erholungsprozess nach der verschärften Blockade letzten Jahres ist durch Corona unterbrochen, da der Tourismus zum Erliegen kam und viele Betriebe still stehen.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres forderte die Aufhebung jeglicher Sanktionen während der Corona-Epidemie. Mittlerweile schließt sich der französische Parlamentspräsident dieser Forderung

an. Und Deutschland? Auf Nachfrage bei der Bundespressekonferenz, ob sich die Bundesregierung dieser anschließt, glänzt das Auswärtige Amt wieder einmal mit „Wir wissen von Nichts“ und schweigt.

Von Parteivorstand und Bundestagsfraktion der LINKEN wünsche ich mir eine öffentlichkeitswirksame Aufforderung an die Bundesregierung, sich innerhalb der EU und in der UNO für die Aufhebung jeglicher Sanktionen sowie die Einhaltung von EU-Richtlinien einzusetzen. Letztere verbieten und stellen es unter Strafe, sich den US-Sanktionen zu unterwerfen.

Deutschland hat aber auch eine solidarische Seite: Verschiedene Kuba-Soli-Organisationen richteten ein Spendenkonto zum Kauf von medizinischen Hilfsmitteln ein: Konto des NETZWERK CUBA: IBAN DE52 1001 0010 0032 3301 04 unter dem Stichwort „Corona“.

Erik Fischer, Cuba sí Bernau

Gericht entschied zu Gunsten Geflüchteter

Die Pflicht eines Asylbewerbers, eine Aufnahmeeinrichtung zu bewohnen, hat das Verwaltungsgericht Leipzig am 22. April für eine sächsische Aufnahmeeinrichtung aufgehoben. Es müsse dem Asylbewerber eine Unterkunft gestattet werden, in der er den Mindestabstand von 1,5 Metern einhalten kann. Der Asylbewerber hatte geltend gemacht, dass er mit einer weiteren Person in einem zwei mal zwei Meter großen Zimmer untergebracht ist und Toiletten, Duschen und Küche zur gemeinsamen Nutzung von 50 Personen vorgesehen sind.

„Weitere Infektionsketten müssen vermieden werden,“ erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin der LINKEN im Brandenburger Landtag, Andrea Johlige, am 26. April. Dafür müssten auch neue Unterbringungsmöglichkeiten angemietet werden wie z.B. Hotels oder Pensionen und für ausreichend Desinfektion gesorgt werden. (bc)

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW
am 29. April